

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

246 (22.10.1932)

Volksfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MITTELBADENS

Anzeigenpreise: Die 10 getragene Millimeterzeile füllt 12 Dienntage, Gelegenheitsanzeigen und Stellenanzeigen 8 Dienntage. Die Restante-Millimeterzeile 60 Dienntage. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Mehrerhaltung des Zahlwerts 10%, bei gleichzeitiger Verbreitung und bei Restanten außer Kraft tritt 10% Ermäßigung und Überzahlung 10% Restante 1. D. 10. Schlaf der Anzeigen-Entnahme 9 Uhr normallage

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

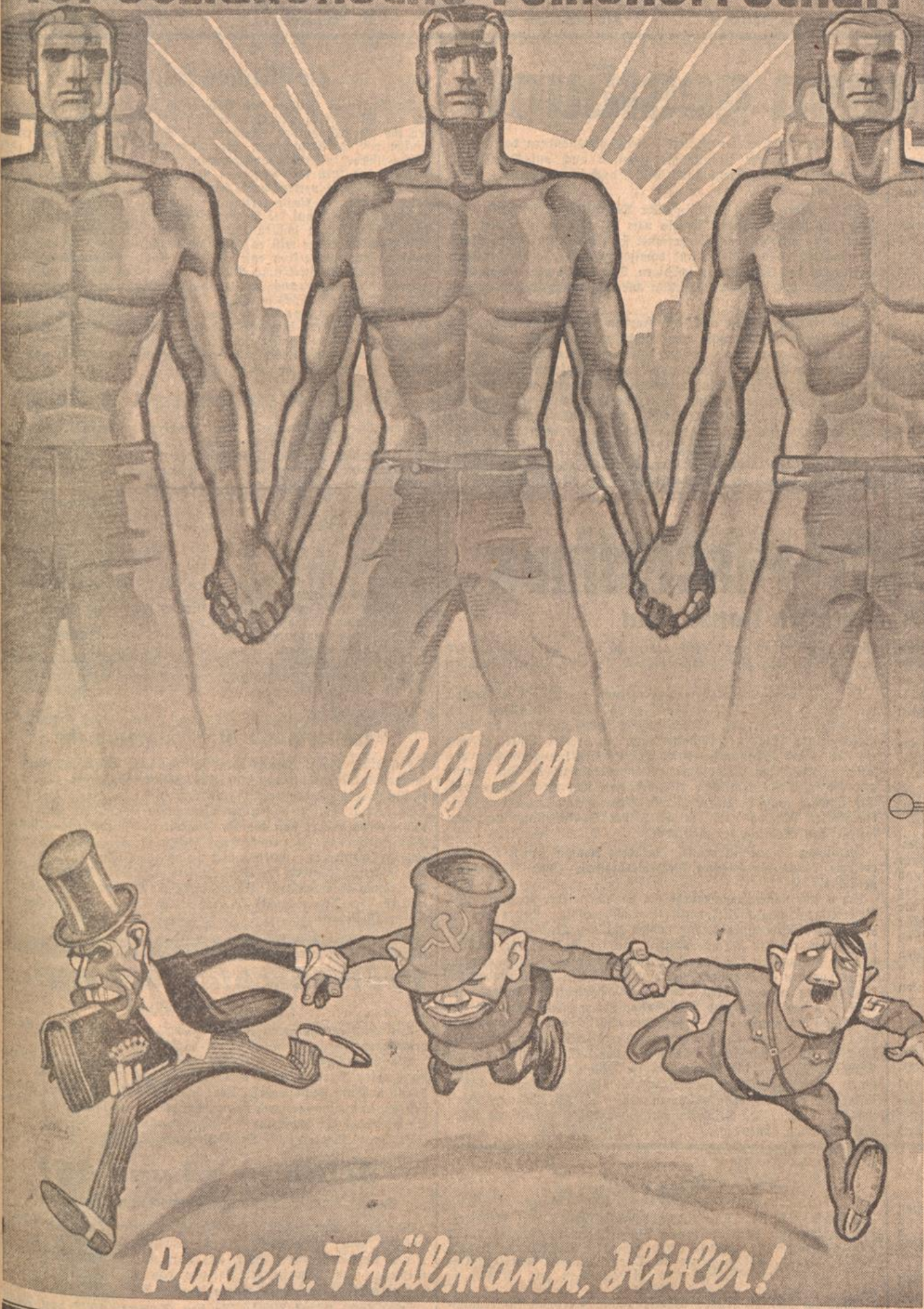
Preis monatlich 1,62 Mark, vierteljährlich 3,84 Mark, halbjährlich 7,68 Mark, jährlich 15,36 Mark. Durch den Post 2.36 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Geschäftsstelle wöchentlich normallage 11 Uhr. Postfach 2850 Karlsruhe. Geschäftsstelle normallage: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28. Fernruf 7020/7021. Volkshaus-Mitglied. Durchsch. Hauptstr. 9. D.-Boden. Jacobstraße 12. Rastatt. Telefon 2. Offenburg. Republikstr. 8

Nummer 246

Karlsruhe, Samstag, den 22. Oktober 1932

52. Jahrgang

Für sozialistische Volksherrschaft



Papen, Thälmann, Hitler!

Nur noch 14 Tage

Genossen! — Jetzt restlos an die Arbeit!

Die Tage, die für den Wahlkampf zur Verfügung stehen, sind, gemessen an der politischen und werbetecnischen Arbeit, die geleistet werden muß, wenn es bis dahin gelingen soll, eine wirksame Verchiebung der machtpolitischen Verhältnisse zu erkämpfen, eine äußerst knapp bemessene Zeit! Ein Wahlkampf, der das positive Ziel einer machtpolitischen Verchiebung nach links nicht vorausstellen und sich lediglich auf einen in der Zielsetzung völlig negativen Abwehrkampf gegen den Faschismus und Reaktion beschränken wollte, hätte für die republikanischen Parteien und ihre Organisationen keinen praktisch-erzielbaren Zweck, wäre eine unproduktive Kraftvergeudung. Gewiß: Wir haben diesen Wahlkampf nicht gewollt. Er ist uns von unseren Gegnern aufgezwungen worden. Aber wir wären schlechte Republikaner, wollten wir den einmal unausweichlich gewordenen Kampf nicht dazu benutzen, den Spieß umzuwenden und mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften zum Angriff überzugehen.

Die Fronten stehen klar. Die Argumentation und die Parolen, mit denen wir diesen Wahlkampf führen können, sind niemals handgreiflicher, unüberlegbarer und einleuchtender gewesen, als jetzt. Es ist darum selbstverständlich, daß dieser Wahlkampf heftiger, intensiver geführt werden muß, als irgendein Wahlkampf zuvor.

Die Situation und die Zeit, in die dieser Wahlkampf fällt, ist freilich in einer Hinsicht ungünstig: Die kurz aufeinander folgenden schweren Wahlkämpfe dieses Jahres, die an sich schon unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen durchgeführt werden mußten, haben die Kräfte der republikanischen Parteien und der Gewerkschaften übermäßig stark in Anspruch genommen. Es wird daher in diesem Wahlkampf — mehr als in irgendeinem der vorhergehenden Wahlkämpfe! — sehr viel darauf ankommen, daß sich die Anhängererschaft in noch stärkerem Maße als bisher bemüht, ihren Organisations einen erheblichen Teil der politischen Werbe- und Propagandaaufgabe abzunehmen.

Das Schwergewicht des politischen Kampfes darf daher nicht (wie bisher) auf der Partei schlechthin, ihren Organisationen und ihrer Presse lasten, sondern es muß Aufgabe der täglichen politischen Kleinarbeit der Funktionäre und der Anhängererschaft sein, dafür zu sorgen, daß der regelmäßig erst knapp vor dem Wahltag einsetzende Propagandamassenschub der Parteien bei dem größten Teil der Wählerschaft, insbesondere beim größten Teil der Arbeitererschaft bereits im Sinne der republikanischen Sache einen festgefästen und unumstößlichen politischen Entschluß vorfindet.

Nicht der Wahlkampf selbst entscheidet, sondern die Arbeit vor dem Wahlkampf! Damit ist keineswegs gesagt, daß der äußeren Propaganda etwa eine nachgeordnete Bedeutung im politischen Kampfe zukomme. Die Propaganda ist selbstverständlich kein Mittel der parteipolitischen Argumentation, oder sollte es wenigstens nicht sein bei einer Partei, die das leere Abstraktum des politischen Schlagwortes geringer achtet als den Geist, aber sie ist ein überaus wirksames und psychologisch unentbehrliches Mittel, um die Wucht und die Unwiderlegbarkeit dieser Argumentation, nicht zuletzt auch um die Stärke und den politischen Einfluß, die sie vertritt, sinnfällig zu machen.

Der Kampf der politischen Symbole ist zu einem integrierenden Bestandteil des politischen Kampfes überhaupt geworden. Die Eisernen Front als die hauptsächlichste Trägerin der republikanischen Massenpropaganda wird den Hauptstoß in diesem Kampfe zu führen haben. Dieser Kampf muß, wenn er entscheidenden Erfolg haben soll, mit allen verfügbaren Mitteln und mit höchster Intensität einsetzen. Die Eisernen Front darf nicht warten, bis der „eigentliche“ Wahlkampf zwischen den Parteien einsetzt. Sie darf nicht warten, bis die Propaganda der Nationalsozialisten dem Wahlkampf das Gepräge gibt. Sie muß jetzt schon mit allen zur Verfügung stehenden äußeren Mitteln dafür sorgen, daß dieser Wahlkampf überall, in den großen Städten genau so wie im kleinsten Dorf, unüberbrosen im Zeichen des republikanischen Freiheitskampfes stehen wird.

Das zu erreichen, ist nicht Sache der obersten Leitung, sondern Aufgabe jeder einzelnen, auch der kleinsten Ortsgruppe, die auf Grund ihrer persönlichen Vertrautheit mit den örtlichen Verhältnissen eine sehr viel individuellere und daher wirksamere Propagandaaufgabe vollbringen kann, als es eine abstrakte Anordnung „von oben her“ vermöchte. Die Symbole der Eisernen Front haben den Vorrang, einfach und billig zu sein. Vor allem der Kampfaruß der Eisernen Front und die drei Pfeile müssen der Deutlichkeit jetzt schon mit einer Intensität sichtbar gemacht werden, die der des eigentlichen Wahlkampfes in nichts nachsteht.

Je frühzeitiger, je intensiver der Kampf, desto sicherer, desto dauernder der Erfolg!

Wählt im Volksinteresse! Wählt Liste 2

DIE BADISCHEN REICHSTAGSKANDIDATEN DER SPD

LISTE 2 Die Männer für das werktätige Volk LISTE 2



Dr. A. Remmele



Ernst Roth



Stefan Meier



Hermann Veit



K. Amann



Albert Lohmann

Hitler von Papen gestäupt

Der Chef der Regierungsbarone sieht sich nun wohl oder übel genötigt, dem großen Draf aller braunen Mordgardisten, dem Herrn Adolf Hitler aus Braunau, vor aller Öffentlichkeit den Marich zu blasen. Der große Draf hat, wie es seiner politischen Praxis entspricht, wieder einmal die Wahrheit in grünlich umgebogen. In einem Offenen Brief an den Reichstanzler hat er hinsichtlich des Standpunktes der deutschen Regierung in der Abrüstungsfrage verlogene Behauptungen aufgestellt, die, wie nunmehr die Reichsregierung erklärt, „im Interesse der deutschen Außenpolitik auf das Schärfste zurückgewiesen werden müssen“. Die Reichsregierung erklärt:

Hitler behauptet: Deutschland sei mit einem Aufrüstungsprogramm vor die Welt getreten; es habe die Forderung nach einer 300.000-Mann-Armee erhoben; es habe ferner den Bau von Großkampfschiffen usw. gefordert. Diese drei Behauptungen sind in vollem Umfange unwar. Deutschland hat niemals andere Forderungen erhoben als diejenigen, welche das veröffentlichte Memorandum vom 29. August enthält. Es verlangt nach wie vor, daß die anderen Staaten auf einen Stand abzurufen, der unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse jedes Landes demjenigen Abrüstungsstand entspricht, der uns durch den Vertrag von Versailles auferlegt worden ist. Trägt die Abrüstungskonferenz die grundrationalen Forderung nicht Rechnung, so müßten wir ver-

langen, daß nicht weiter zweierlei Recht gilt, sondern daß die in Genf abzuschließende Abrüstungskonvention auch auf Deutschland Anwendung findet. Deutschland fördert auch in diesem Falle keine Aufrüstung.

Die Reichsregierung stellt in aller Deutlichkeit fest, daß Herr Hitler in seinem Offenen Briefe vom 20. Oktober unwarre Behauptungen erhoben hat, die geeignet sind, das Bild der deutschen Außenpolitik zu verfälschen und damit das Interesse des deutschen Volkes auf das Schwerste zu schädigen. Das Urteil über dieses Verhalten des Herrn Hitler überläßt die Regierung dem deutschen Volke.

Also endlich müssen auch die Herren Barone einsehen, daß die Hitlerische Demagogie vor nichts zurückschreckt, auch nicht davor, das eigene Land vor der Welt zu distanzieren, sofern sich heute noch in der Welt antändliche Menschen finden sollten, die auf die struppellose Schwindelerei aus den Braunen Häusern noch etwas geben. Jetzt, wo die Reichsregierung die Demagogie des Braunauer Hochverräter selbst zu spüren bekommt, jetzt findet sie endlich scharre und energische Töne gegen die Verleumdungslust der Naziführer. Dabei ist festzustellen, daß die Reichsregierung vor aller Welt erklärt: Hitler schädigt die Interessen des deutschen Volkes auf das Schwerste. Wir wissen das schon lange!

Wiener Heimwehr-Faschismus

Sturmjahren im österreichischen Nationalrat

Wien, 21. Okt. (Ela. Draht.) In der Freitagssitzung des Nationalrats, in der über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum gegen die Regierung Dollfuß und über die Festsetzung des Termins für Neuwahlen in Österreich abgestimmt wurde, war das Parlament ein Schauplatz wilder Szenen, wie sie das Haus seit vielen Jahren nicht mehr erlebt hat.

Die sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt. Anzunehmen wurde ein christlich-sozialer Antrag, die Neuwahlen im Frühjahr stattfinden zu lassen.

Am Vormittag gab Bundeskanzler Dollfuß, der in der Donnerstagsitzung einer Antwort auf das sozialdemokratische Mißtrauensvotum ausgewichen war, einige belanglose Erklärungen ab.

Anschließend sprach der neuernannte heimwehrfaschistische Sicherheitsminister Jen. Er hielt seine Erklärung ganz im Tone eines monarchistischen Innenministers aus dem vorigen Jahrhundert und behauptete, die österreichische Verfassung habe nur das Vorrecht der Geburt, des Geschlechts und der Klasse abgeschafft, nicht aber die Gleichheit der Parteien vor dem Gesetz festgelegt. Er habe daher das Recht gehabt, den Oppositionsparteien das Aufmarschrecht und das Demonstrationsrecht zu nehmen und es den Regierungsparteien zu lassen.

Diese Erklärung löste große Unruhe unter den Sozialdemokraten aus, die den Sicherheitsminister wiederholt mit Zwischenrufen unterbrachen. Otto Bauer rief: „So ein Minister ist eine Schande für die Republik!“

Darauf antwortete Bundeskanzler Dollfuß von der Ministerbank aus: „Sie, Herr Bauer, sind ja ein Volksemissar!“ Auf diese Neuheuerung hin ging Bauer zu Dollfuß. Dollfuß sprang auf und rief zum Präsidenten: „Herr Bauer hat mich (oben einen Gefinnungslumpen genannt!“ Aus dem stenographischen Protokoll wurde dann festgestellt, daß diese Behauptung unwahr ist und daß Bauer das

Wort „Gefinnungslumpen“ nicht gebraucht hat. Es entfland aber auf den Ruf des Bundeskanzlers ein weißes Durcheinander im Saal.

Der Heimwehr-Abgeordnete Nichtenegger ergriff ein Tintenfaß und warf es mit unabwehrlicher Wucht gegen Bauer. Das Faß schlug knapp neben Bauer auf und zerbrach, während die Tinte im Saal umherspritzte. Nichtenegger nahm dann ein zweites Tintenfaß und warf es in der Richtung gegen Bauer. Es flog knapp am Arm des sozialdemokratischen Abgeordneten Danneberg vorbei. Nun sprangen die sozialdemokratischen Abgeordneten von ihren Sitzen auf. Die Sitzung ging in einem wilden Lärm unter, und die Sozialdemokraten fürsteten nach der Mitte des Saales hin, um den faschistischen Rohling zu sächtigen.

In diesem Augenblick verließ Präsident Renner seinen Sitz und erklärte damit die Sitzung für unterbrochen. Der Saal wurde geräumt.

Um 3 Uhr nachmittags wurde die Sitzung wieder eröffnet. Die Nachmittagsitzung verlief verhältnismäßig ruhig. Gegen den sozialdemokratischen Antrag, Neuwahlen für den 27. November auszusprechen, wandte sich ein christlich-sozialer Antrag, der wünscht, daß die Neuwahlen für das Frühjahr 1933 ausgegeschrieben werden. Unter unabwehrlicher Spannung wurde dann in den Abendstunden die Abstimmung vorgenommen. Der sozialdemokratische Antrag auf Auflösung des Hauses und Ausschreibung von Neuwahlen für den 27. November wurde mit 70 sozialdemokratischen und 8 großdeutschen Stimmen gegen 83 Stimmen der Christlich-Sozialen, der Landbündler und der faschistischen Heimwehr abgelehnt. Der Antrag der Christlich-Sozialen, die Neuwahlen im Frühjahr 1933 abzuhalten, wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen. Ebenfalls mit den Regierungsstimmen gegen die sozialdemokratischen und die großdeutschen Stimmen wurde der Mißtrauensantrag gegen die Regierung abgelehnt.

Politisches Gefindel

In Berlin ist zwischen den Anhängern von Eugenber und Hitler ein Blatkrrieg ausgebrochen. In den Versammlungen bewiesen sich die Weidder von Harzburg mit Vierträgen, an den Vorkämpfen mit Brandeschwärze. Zur Zeit wird der Streit um die „Wagnisblätter“ öffentlich ausgetragen.

Wer hat 1918 die Monarchie verraten und wer ist damals in die Mäuselöhler verfallen? fragt es in fetten Lettern. Eugenber erklärt, die Nazis seien die Feindlinge gemein, während Goebbels mühen auf die Schwarz-Weiß-Koten deutet. Das Publitum drängt sich in dichten Haufen um die Plakate und — laßt! Wie Heinrich Heine will es auch ihm bedürfen, daß sie alle beide links. Zum Ueberflus ruft ein vom Hauie Hohensollern finanziertes Straßensplättchen in Niesenzellen: „Der Kaiser 1918 nicht geflohen“ und lehrt uns, daß der Selbstenfaller zwar noch in Doorn sitzt, aber auf die Rückkehr rüflet. Seine Gunst zu erheimicheln um die Futtertruppen, das ist der ganze Sinn der öffentlichen Disputationen zwischen den braunen und den schwarz-weiß-roten Häusern. Woraus die Republikaner und die Arbeiterchaft ersehen, was am 6. November gepfeift und warum gewürfelt wird. Thron und Reaktion — oder Brot und Freiheit!

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Wie die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung mittelt, beträgt die Zahl der Arbeitslosen, die bei den Arbeitsämtern gemeldet sind, Mitte Oktober 1932 rund 5.150.000. Bei der Gesamtzahl der Arbeitslosen bleibt die Zahl der Arbeitslosen zu beachten, daß in der Zahl von 5.150.000 Arbeitslosen auch rund 200.000 junge Menschen mitgezählt sind, die bei dem freiwilligen Arbeitsdienst vorübergehend außerhalb der freien Wirtschaft Arbeit und Brot gefunden haben.

Die Zahl der Notstandsarbeiter, die im Laufe des Monats September 1932 noch um rund 21.000 auf rund 88.000 gesteigert werden konnte, dürfte auch bis Mitte Oktober eher noch etwas zugenommen haben.

In der Zahl von 5,15 Millionen Arbeitslosen für den Stichtag vom 15. Oktober 1932 sind rund 580.000 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung und 1,175 Millionen Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung enthalten; die Zahl der Wohlfahrtsarbeiter wird bekanntlich für die Mitte des Monats nicht festgestellt. Sie ist im gegenwärtigen Zeitpunkt auch nur schwer abschätzen.

Hörlermann für Freiheitswehr

Auf einer großen Kundgebung in Hamburg sprach der Bundesführer des Reichsbanners, Kamerad Hörlermann, über „Die politischen Aufgaben der arbeitenden Jugend“. In dieser Versammlung vertrat Hörlermann unter stürmischem Beifall die Parole der allgemeinen Wehrpflicht für die Freiheit und forderte alle jungen Männer auf, der Armee der Freiheit, dem Reichsbanner, unerschütterlich beizutreten. Hörlermann schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Soldat der Freiheit sein heißt, die Freiheit in der Verfassung zu verankern. Entweder ist die Jugend Soldat für sich und für ihre Freiheit, oder sie wird Soldat für fremde Mächtiger sein müssen!“

Preisabschlag bei Hitler

Der Adolf wird billiger

Der „Nationalliberalen Correspondenz“ wird aus Nürnberg geschrieben:

Als Herr Hitler unmittelbar vor dem 31. Juli in Nürnberg im größten Saale auftrat, verlangten er und seine Freunde 1, 2, 3 und 5 Mark Eintrittsgeld. Jetzt ist wieder eine derartige Kundgebung, und man höre und laune, das Volk darf ihn um 30 Pf. Eintrittsgeld noch weniger zahlen, als er es vorhin tat.

„Ja, ja, so schwindet die Herrlichkeit der Welt!“

Achtung SA und SS!

Goebbels zahlt für die Sommerwohnung 1100 Mark

Vor dem Berliner Arbeitsgericht fand dieser Tage ein Prozeß zwischen einer Willensbestirterin aus Caputh und ihrem Portier wegen Lohnforderungen statt, aus dem eine fassende Erwahnung verdient. Zum Beweise der Tatsache, daß die Villa im Sommer aut vermietet gewesen sei, wurde folgende Quittung vorgelegt:

„1100 Mark Miete für den Sommer 1932 von Frau Dr. Goebbels erhalten zu haben becheinigt
Franz E. Harterl.
Caputh, den 21. Mai 1932.“

In seinem „Angriff“ beschimpft Goebbels jeden politischen Gegner als „verfetteten Bonzen“, während die Lebensweise der Reichsführer als ein wahres Sardanaportum hingestellt wird. Dazu reicht die Rechnung der Frau Goebbels ausgereicht.

Sie entlarvt ein verlogenes Demagogentum

Es kriselt um Papen

Was ist mit der Regierung Papen? Wie Pilze schießen im Wälderwald die Gerüchte hoch und wollen wissen, daß sich die Schatten der Nacht bereits über das „autoritäre und gottgewollte“ Kabinett zu jenten beginnen.

Selbst in einigen, der Wilhelmstraße sehr nahe stehenden Zeitungen wird von „Umgruppierung“ gesprochen und von der „Bildung neuer Fronten“. Andere Zeitungen bezeichnen das Gerücht, daß zum Zweck der Bildung der neuen Fronten Besprechungen zwischen maßgebenden politischen Persönlichkeiten bevorzuehen. Als Unterhändler werden Schleicher, Straßer und Brüning genannt.

Wir nehmen von diesen Gerüchten Kenntnis. Manches spricht dafür, aber mehr dagegen. So viele Anhaltspunkte auch dafür vorhanden sind, daß die Regierung der Papenbarone zu wanken droht, so wird die Entscheidung über ihren Tod nicht vor den Reichstagswahlen fallen.

Gagenschau

London, 21. Okt. Die Verhandlungen gegen drei Arbeiter, die gestern bei der Eröffnung eines Seemannshomes gegen Prinz Georg von England demonstrierten und daraufhin verhaftet wurden, hatten heute im Olden Londons neue Zusammenstöße zwischen Polizei und Arbeitslosen zur Folge.

Eine im Reichsanzeiger veröffentlichte Verordnung ermächtigt den Präsidenten der Reichsanstalt, ab 1. November wieder die Erlaubnis zum Betrieb gewerkschaftlicher Stellenvermittlung für Artisten zu erteilen.

Washington, 21. Okt. (Reuter.) Die Vereinigten Staaten haben den Verlangung des Rüstungsstoppjahres, das am 1. November zu Ende gehen sollte, bis zum 1. März 1933 zugestimmt.

Wien, 21. Okt. Der Ministerrat beschloß, dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission des kaiserlich-sozialistischen Kabinetts zu unterbreiten.

Die ewigen Spalter

Heinz Neumann kaltgestellt

Die Kommunistische Partei hat eine Tagung ihrer zentralen Körperschaft abgehalten. Auf dieser Tagung wurde der langjährige tatsächliche Führer der Kommunistischen Partei, Heinz Neumann, zum alten Eisen geworfen. Die „Rote Fabrik“ berichtet darüber:

„Durch einstimmigen Beschluß verurteilte die Konferenz den Genossen Heinz Neumann und einige andere Genossen, die auf Grund ihrer politischen Fehler und Abweichungen von der Linie der Partei mit den Methoden des Gruppenkampfes die Wendung der Parteiarbeit zur verstärkten revolutionären Massenpolitik zu führen versucht hatten.“

Die Kommunistische Partei will also ihre „revolutionäre Massenpolitik“ verstärken. Was dies bedeutet, hat in dem Banalstrahl gegen Heinz Neumann seinen vollen Ausdruck gefunden. Heinz Neumann war der Mann des Bündnisses zwischen Stahlhelm und Kommunisten im Volksbrennereigen gegen die Preußensregierung. Getrieben von Has gegen die Sozialdemokratische Partei, hatte er sich damals mit den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse, mit den deutschen Faschisten, verbündet, um einen Stoß gegen die Demokratie zu führen. Er hat befehlsgemäß alles durchprobiert und durchgeführt, was von Moskau aus befohlen wurde, ohne Rücksicht auf die Lage der deutschen Arbeiterklasse und auf die Notwendigkeit ihres Kampfes. Er war einer der getreuesten Schatzkassen Stalins, dessen Wünsche für ihn Befehl waren. Dieser Mann erhält jetzt einen Fußtritt. Bedeutet das, daß die Kommunistische Partei in vernünftige Bahnen einzulocken gedent? Mit nichten!

Die verbrecherische Parole: Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie! ist ersetzt worden durch die völlig gleichwertige Parole: Der Hauptschlag gilt der Sozialdemokratie! „Revolutionäre Massenpolitik“ bedeutet in der Sprache der Kommunistischen Partei: Fortsetzung der Spaltung der Arbeiterbewegung mit verstärkten Mitteln! Heinz Neumann hat einen Fußtritt erhalten, weil er sich von seiner eigenen Politik abwenden wollte. Selbst diesen Mann, einem der bedenklíchsten Kommunisten, war es nach dem Sturze Brünnings aufgegangen, daß die deutsche Arbeiterklasse in eine entscheidende geschichtliche Situation, in einen Kampf von ausschlaggebender Bedeutung eintritt. Er hat im Regime Papen das Aufkommen der Gefahr des deutschen Faschismus gesehen und hat deshalb eine Wendung des Kurzes der Kommunistischen Partei durchzuführen wollen.

An die Stelle der Parole „Einheitsfront von unten“, unter der

sich der Wille zur Spaltung der Sozialdemokratie nur notdürftig verbrät, wolle er die Parole „Einheitsfront von unten bis oben“ setzen. Vielleicht wäre bei solcher Wendung des Kurzes der kommunistischen Partei der Graben zwischen der Sozialdemokratie und der KPD schmaler geworden. In einer solchen Wendung hätte eingeschlossen ein Geständnis der schweren politischen Fehler der Kommunistischen Partei gelegen. Aber eine kämpfende Arbeiterbewegung ist kein Reberkonzil. Es geht nur darum, einander Fehler vorzurechnen und Geständnisse abzulegen, es geht nur darum, im Kampfe der Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Der Graben, der die Sozialdemokratie von der KPD trennt, ist breit und tief. Eine Milderung der Gegensätze der feindseligen Gefühle, die Herbeiführung anständiger und wahrhaftiger Kampfformen hätte in der gegenwärtigen Situation der deutschen Arbeiterklasse schon einen Sieg bedeutet!

Aber im Zusammenhang mit der neuen Regiericherei, die Stalin in Rußland durchgeföhrt hat, wurde auch eine neue Reberverbreitung in Deutschland angeordnet. Heinz Neumann ist als Reber verbrannt worden, weil er gegenüber dem Vorbringen der Reaktion und des Faschismus einige lichte Augenblicke gehabt hat! Die Kommunistische Partei darf auf Befehl keine Milderung der Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und KPD herbeiföhren. Sie muß weiter an der Vertiefung der Spaltung und Zerlegung der deutschen Arbeiterbewegung, an der Schwächung ihrer Kampftrakt gegen den Faschismus arbeiten!

Den Beschluß, den die zentralen Körperschaften der Kommunistischen Partei gefaßt haben, bedeutet deshalb in Wahrheit eine Schwächung der Massenpolitik der deutschen Arbeiterklasse gegenüber der Reaktion! Die Thälmann und Genossen haben sich als noch größere Lakaien Stalins erwiesen, als es Heinz Neumann einst gewesen ist. Hinlos und sinnlos betreiben sie weiter das verbrecherische Geschäft, der deutschen Reaktion Bundeshilfe zu leisten, indem sie die Sozialdemokratische Partei mit einer Brut von giftgeschwollenen und höherföhrenden Angriffen übersöhütet. „Nun erst recht Spaltung!“ — das ist ihre Parole.

Wir stellen dem gegenüber den festen Willen der Einheit der kämpfenden Arbeiterklasse im Kampfe gegen die Reaktion fest. Wir rufen alle Arbeiter auf, am 6. November der Fabne der Sozialdemokratie zu folgen. Es gilt, das Recht des arbeitenden Volkes, die demokratische Freiheit und die sozialen Errungenschaften zu verteidigen. Fort mit den Spaltern. Seid einig gegen die Reaktion!

den, und zwar, wie es heißt, für Dezember. Diese erneute Sinauschiebung wird im Interesse des Internationalen Arbeitsamtes allgemein als abträglich empfunden.
Da die vielfach geäußerte Annahme richtig ist, daß hier einflußreiche Kräfte am Werk sind um einen etwaigen Anbruch Deutschlands auf die Besetzung dieser Stelle zu hintertreiben, läßt sich nicht bemessen. Man weiß darauf hin, daß ein solcher Anbruch Deutschlands gerechterweise von niemandem bestritten werden kann. Nach den Vorgängen, die sich bei der Wahl Butlers seinerzeit abgespielt haben, wird allgemein angenommen, daß der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes bei der Ernennung seines Stellvertreters großen Wert auf die Berücksichtigung der Wünsche der Arbeitnehmergegruppe des Verwaltungsrates legt. Es besteht Grund zu der Annahme, daß von dieser Seite einem geeigneten deutschen Kandidaten keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden.

Brandstifter und Mordbuben

SPD. Breslau, 21. Okt. (Via. Draht.) Die Ermittlungen der Polizeibehörden und der Staatsanwaltschaft über die zahlreichen Handgranatenanschläge, die im Verlauf dieses Jahres von Nazi-Terrorgruppen in Schlesien veröhrt wurden, können als nahezu abgeschlossen gelten. Wie die Breslauer Justizpressestelle mitteilt, wurden im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen bis jetzt insgesamt 19 Mitglieder der Nazi-Partei, darunter ein Sturmhaunführer, drei Sturmführer, drei Sturmgehdverwalter, zwei Gruppenführer und vier Schatzführer verhaftet. Mit diesen Festnahmen haben 17 Terrorakte, die vorwiegend gegen linksgerichtete Personen oder Einrichtungen der Arbeiterbewegung gerichtet waren, ihre Aufklärung gefunden. Nach den Mitteilungen der Justizpressestelle hat es den Anschein, daß einige ebenfalls in jener Zeit vorgekommene Anschläge auf SA-Mitglieder und Angehörige der NSDAP, als Ablenkung von den eigentlichen Tätern veröhrt wurden.

Die Unterföhungserhöhung



Die Zeit der Handelskriege

Deutsch-französische Verhandlungen

Paris, 21. Okt. (Via. Draht.) Die deutsche Tomatenkommission hat am Freitag nachmittag ihre Pariser Verhandlungen beendet und ist am Abend wieder abgereist. Ueber die Verhandlungen ist ein von den Franzosen und Deutschen gemeinsam ausgearbeitetes Communiqué ausgegeben worden, in dem es heißt:

„Der Vertreter der französischen Regierung hat erklärt, daß sie angesichts der Tatsache, daß die französische Regierung selbst eine Politik der Einfuhrkontingentierung durchföhrt, nichts gegen ein ähnliches deutsches Vorgehen einzuwenden habe. Sie hat indessen verschiedene Einwendungen vorgebracht, ohne die Höhe der Kontingentierung zu erörtern. Die deutsche Delegation hat erklärt, daß sie über diese Einwendungen ihrer Regierung Bericht erstatten würde.“

Die erwähnten Einwendungen beziehen sich darauf, daß Frankreich die Gebühren des Artikels 21, die wegen der deutschen Zollmaßnahmen sehr ungünstig waren, als Bekämpfung für die Festlegung der deutschen Kontingente ansieht und eine günstigere Grundlage gefordert hat. Nach der etwas optimistischen Ansicht des Leiters der deutschen Delegation wird sich über die französischen Wünsche leicht eine Einigung erzielen lassen.

Internationales Arbeitsamt

Wer stellt den stellvertretenden Direktor?

WTB. Genf, 21. Okt. Am nächsten Montag beginnt die Oktobertagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, die in diesem Jahre in Madrid stattfindet. Hauptgegenstand dieser Tagung bildet wiederum die von Italien geforderte Einföhderung der Vierstundenswoche in der Industrie.

Ueberraschenderweise wird jetzt bekannt, daß der Verwaltungsrat auf dieser Tagung nicht, wie noch bis vor kurzem vorgesehen war, zu der notwendig gewordenen Neubekleidung des Postens des stellvertretenden Direktors des Internationalen Arbeitsamtes Stellung nehmen wird. Die Angelegenheit ist nochmals vertagt wor-

Hitlers Freund Röhm

frick über die 175er

In der 325. Sitzung des Reichstags (22. Juni 1927) erklärte anfänglich der erste Beratung des Entwurfes eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Wilhelm Frick, zu den Sozialdemokraten gewandt:

„... Einen Beitrag zur sittlichen Erneuerung des deutschen Volkes glaubte wohl Ihr Parteitag (der SPD) in Kiel dadurch leisten zu sollen, daß er die Aufhebung des § 175 und die Aufhebung der Strafe für Ehebruch verlangt hat. Wir dagegen sind der Ansicht, daß diese Leute des § 175, also die widernatürliche Unmisset unter Männern, mit aller Schärfe verfolgt werden müssen, weil solche Laster zum Untergang des deutschen Volkes führen müssen. (Stimmliche Zustimmung bei den Nationalsozialisten.) Natürlich sind es Juden, Magnus Hirschfeld und seine Rassegossen, die auch hier wieder föhrend und bahnbredend wirken.“

Es war uns bisher unbekannt, daß Hauptmann Röhm, der „Stabschef“ der nationalsozialistischen Wehrabteilungen, ein Jude ist.

Einer der maßgebenden Persönlichkeiten des Christlich-Sozialen Volksdienstes, Pfarrer Lic. Alb. Schmidt, Bochum, schreibt:

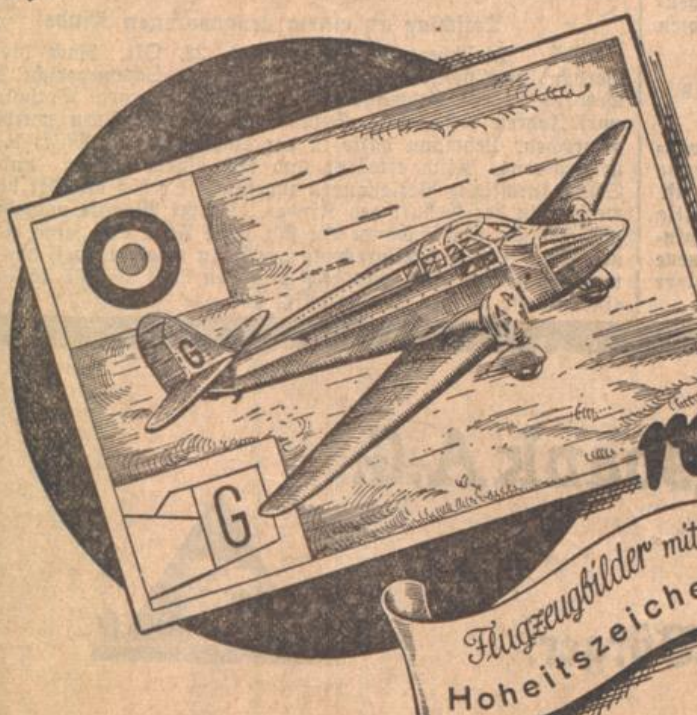
„Der Fall Röhm ist nicht hinwegzuföhren, wie es die NSDAP versucht. Hauptmann a. D. Röhm ist durch seine Briefe als ein Mensch entlarvt, der sich in zynischer Weise des Lasters röhmt (1), das nach § 175 des deutschen Strafrechts mit Strafe bedroht ist, und vom Apostel Paulus in Römer 1, 27 als Zeichen einer kult-entfremdeten, verfallenden Kultur gebrandmarkt wird.“

Es besteht also die Tatsache, daß der Einfluß von Hunderten von Pfarrern und Laienden von ersten evangelischen Christen in der NSDAP nicht einmal so groß ist, um ein solches Vergehen zu beiseitigen, daß Hauptmann Röhm an der Spitze der Männerbünde der NSDAP verbleibt. Ja, wir müssen sogar erleben, daß Röhm von seinem Freunde und Führer Hitler als Beiseiter zu Hindenburg mitgenommen wird. Diese Tatsache, einem Mann wie unserem hochverehrten Generalfeldmarschall die Gegenwart eines Röhm bei offizieller Audienz auszumuten, ist ein Skandal!

Ich habe erwartet, ob ein evangelischer Christ der NSDAP öffentlich diesen Skandal auch Skandal nennen würde. Da es nicht geschehen ist, tue ich es. Es steht nicht bei den SA-Leuten Hitlers, was mit mir geschieht; das steht bei einem anderen. Und dieser grobe Andere will, daß die Seinen keine stummen Hunde sind!“

Hitler platzt vor Neid!

Warum? Er ist wahnsinnig eingeschneppt auf den Ignaz Hummel. Hitler ist es gelungen, vierzehn Millionen Menschen in Deutschland zu beschummeln; jetzt hat der Kerl, der Ignaz, Hitlers Rekord geschlagen: er hat nicht bloß 14 Millionen beschummelt, der Ignaz Hummel hat gleich das ganze nationalsozialistische Deutschland betrogen. Darum platzt der Adolf vor Neid. Konkurrenzneid!



Wo man prüft, raucht man „Saba“
Jeder Fabrikant weiß, daß der Raucher heute besonders kritisch und anspruchsvoll ist. Wie gut muß also „Saba ohne“ sein, wenn sie eine der beliebtesten Cigaretten ist.



